

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Fragen an den Westen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Fragen an den Westen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 12, pp. 673-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131998>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

schaftliche in politische Macht umzumünzen, in vollem Umfang zu erhalten.

Bei dem kürzlich erfolgten Beschluß des Bundestages über die steuerliche Absetzbarkeit finanzieller Zuwendungen an politische Parteien geht es sogar darum, den Einfluß der Reichtumsmacht in der Politik auf Kosten des Steueraufkommens noch zu erhöhen. Außerdem handelt es sich um einen Versuch der Regierungsparteien, die Spielregeln unserer Demokratie zugunsten der eigenen Machtsicherung zu verändern. Daß dies die in den letzten Jahren sich bereits anbahnende Verschärfung des sozialen und politischen Machtkampfes weiterhin fördern muß, sollte eigentlich jedermann klar sein.

Die einseitige Vermögensbildung, d. h. die einseitige Bildung von Reichtumsmacht, hat in den letzten Jahren schon genug böses Blut erregt. Sie konnte halbwegs, wenn auch keineswegs völlig überzeu-

gend, mit den aus der Nachkriegssituation erwachsenen Notwendigkeiten begründet werden. Solange der Staatsbürger auf der politischen Ebene einigermaßen gleiche Chancen zu haben schien, mochte er die anwachsende wirtschaftsbürgerliche Ungleichheit für erträglich halten. Konnte er doch die Hoffnung hegen, gegebenenfalls auf politischem Wege dafür sorgen zu können, daß in der Wirtschaft die Bäume der Ungleichheit nicht in den Himmel wuchsen. Wenn jetzt aber der Einfluß der mit Reichtumsmacht versehenen Interessenten auf die Parteien immer weiter verstärkt anstatt abgeschwächt wird, schwindet auch diese Hoffnung dahin und mit ihr der nicht sehr gefestigte Glaube an unsere Demokratie.

Den Vertretern eines radikalen, extremistischen Standpunktes im sozialistischen und gewerkschaftlichen Lager, die ihren politischen und sozialen Gegenspielern nichts Gutes zutrauen, wird diese Entwick-

lung gar nicht so unwillkommen sein. Scheint sie doch ihre Thesen vom Klassenstaat und von der Notwendigkeit eines unnachgiebig geführten Klassenkampfes zu bestätigen. Sie werden es leichter als bisher haben, sich mit ihrer Meinung durchzusetzen und den reinen Machtkampf zum obersten Prinzip der Politik ihrer Organisationen zu machen. In einem demokratischen Gemeinwesen zwingen Tendenzen einseitiger Machtentfaltung stets den Gegner zur gleichen undemokratischen Haltung und zu gleichen totalitären Praktiken. Wir können nur hoffen, daß der Fehler rechtzeitig erkannt wird und daß man nicht nur darauf verzichtet, die politischen Spielregeln noch ungleicher zu gestalten, sondern sich endlich dazu aufrafft, die im Grundgesetz vorgesehene Regelung durchzuführen und sie so durchzuführen, daß die politischen Chancen zwischen Arm und Reich wirklich gleich verteilt sind. (H. D. O.)

Droht den Schlüsselindustrien eine Kapitalüberfremdung?

Internationale Verflechtung ist eine Stütze der Weltwirtschaft

Nur an wenigen Stellen des Wirtschaftslebens werden so große Stammkapitalien benötigt wie in der Grundstoffindustrie. Seit über hundert Jahren setzt deren Aufbringung erfinderische Finanzbegabungen voraus. Sie haben in Zusammenarbeit mit den Handelsrechtlern die modernen Formen der Aktiengesellschaft, der bergrechtlichen Gewerkschaft und der Investmentgesellschaft, sowie die Instrumente der reinen und der Wandel-Obligation entwickelt. Dabei war der unbegrenzte, auch nicht durch die Landesgrenzen beschnittene Kreis der potentiellen Anteilseigner ihr Ziel. Da sich das Kapital nicht gleichmäßig bildet, aber über die Landesgrenzen hinweg zu wandern bereit ist, war auch nicht einzusehen, warum die Instanzen, die die Investitionskapitalien zusammenzubringen haben, sich nicht international umtun sollten.

Das 19. Jahrhundert war in dieser Frage weitherzig. Im Ruhrgebiet z. B. wurde der Industrialisierungsprozeß seit 1847 weithin von sehr treuem Auslandskapital getragen.

Anderswo galt das gleiche, wobei verständlicherweise oft auch Prinzipien der Konzernarchitektur und der internationalen Wettbewerbsglättung zur Geltung kamen. Erst die nationalwirtschaftlichen Tendenzen, von denen die Weltwirtschaft seit 1914 so stark geprägt worden ist, diffamierten dann die internationale Kapitalverflechtung. Vielfach hielt man seither im allgemeinen Blickfeld nur die nicht zu bestreitenden Mißbräuche und Schwächen parat, suchte aber das Positive der ausländischen Kapitalbereitstellung zu verschweigen. Man scheute auch nicht vor Mißhandlungen der Kapitalgeber zurück. Sie wurden nicht mit den Erträgen bedient oder unfreiwillig aus ihren Anteilsrechten herausgedrängt oder gar enteignet. Eigentlich muß man sich wundern, daß darüber der Typ des internationalen Kapitalgebers nicht ausstarb. Daß er sich nach weniger riskanten Formen umsah, war aber das mindeste, was man von ihm erwarten mußte. So kam es z. B. zu der Gründung der Weltbank oder zu den staat-

lichen Versicherungsformen gegen die Risiken der Währungsblockade und der Nationalisierung.

Im angelsächsischen Raum hielt sich bei den Nationalökonomern, den Bankiers und den Anlegern die These: „Our standard of living is not more dependent upon home investment than it is upon foreign investment.“ Allerdings wurde sie reziprok verstanden und gehandhabt. Die Chance der Reziprozität ist nämlich der Schlüssel zum allgemeinen Verständnis für die weltwirtschaftliche Bedeutung der internationalen Kapitalverflechtung.

Sie ist in den deutschen Verhältnissen leider nicht mehr recht vorhanden. Die Feindvermögensbeschlagnahme für die Dauer von Kriegen ist dabei wohl hinzunehmen, nicht aber die nachfolgende Liquidation von privatem Auslandsvermögen zu Reparationszwecken. Auch die Verkaufsaufgaben aus dem Entflechtungszwangsrecht diskriminieren die deutsche Lage. So ist es nur zu verständlich, daß sich auf deutscher Seite des öfteren die Stimmen zu Wort melden, die eine ausländische Kapitalbeteiligung ab-

wehren. Im Gewerkschaftslager schwingen dabei zusätzlich zu dem Argument der fehlenden Reziprozität auch die den Kapitalgebern unterstellten Motive mit, als sollte über die Finanzierungsaufgabe ein Ausweichen vor der Sozialisierung und der Mitbestimmung erreicht werden. Letzteres zieht aber nicht mehr; denn die Unternehmungen im ausländischen Eigentum haben keinerlei Vorzugsstellung in Fragen der Mitbestimmung gefordert oder erhalten. Gegen eine Sozialisierung, wenn eine Mehrheit im Staatsvolk sie wirklich durchzuführen gewillt ist, kann in diesem Jahrhundert der ausländische Kapitalanteil nicht mehr angehen. Er bringt bestenfalls eine stärkere kommerzielle Note in die Entschädigungsfrage ein. (Immerhin hat die Investment Guaranties Branch der amerikanischen FOA die amerikanischen Investitionen in England von der Versicherung gegen Sozialisierung vorerst ausgenommen. Eine interessante Vorsichtsmaßnahme angesichts des unausgetragenen Streits um die Stahlwirtschaft!)

Somit bleiben die Verkaufslagen übrig. Sie können aber gerade dazu beitragen, daß die Reziprozität schneller wieder hergestellt wird, als es beim deutschen Wiedereintritt in den Welthandel zu hoffen war. Friedrich Flick, einer der feinfühligsten Konzernarchitekten unserer Zeit, scheint z. B. in dieser Konsequenz zu handeln. Dabei ist noch besonders zu bedenken, daß die französische Eisenindustrie den Kohle-Stahl-Verbund ersatzweise im benachbarten Ausland suchen muß, nachdem ihr eine doch auch unter kommunistischem Einfluß stehende Regierung nach 1945 das Bein auf der eigenen Kohle abgehakt hat.

Wohlbegründet kann man in der internationalen Unternehmungs- und Kapitalverflechtung eine der Hauptstützen der von Einzelnen gestalteten Weltwirtschaft erblicken.

Der Vorgang, dem Deutschland z. B. Zehntausende qualifizierter Arbeitsplätze verdankt, eignet sich nicht zu innerpolitischen und sozialen Angriffen, solange die Angreifer für die als Ersatz zu stellende Kapitalaufbringung nur Zwangssparpläne und Investitionslenkung anzubieten haben. Formeln wie die von Prof. Ritschl, man dürfe es nicht dahin kommen lassen, daß den „volkseigenen“ Betrieben in der Deutschen Demokratischen Republik die „volksfremden“ in der Bundesrepublik gegenüberstünden, sind weder in ökonomischer noch in sozialer Hinsicht zu verantworten, wenn man sich nicht schon vorher von der Aufbringung und Darbietung von privatem Investitionskapital als einem tragenden Element der gültigen oder anzustrebenden Wirtschaftsverfassung abgekehrt hat. (W. H.)

Die Gefahr der Überfremdung ist groß

In den großen westeuropäischen Ländern, in England und Frankreich und ebenso in Österreich, hat der Staat nach der Beendigung des Krieges die wichtigsten Schlüssel-

industrien der Wirtschaft übernommen. Man spricht in den westlichen Ländern von einer Nationalisierung dieser Wirtschaftszweige. Als Gründe hierfür wurden genannt:

Die Welt kennt

LANZ

Wer von Landmaschinen spricht, muß von LANZ sprechen, denn das LANZ-Werk steht seit fast 100 Jahren schon unter den großen Landmaschinen-Produzenten der Welt an führender Stelle. Einst waren es die LANZ-Dreschsätze, die genau so wie die LANZ-Lokomobilen, seinen internationalen Ruf begründeten. Heute ist es der weltberühmt gewordene Bulldog mit der Kette der für ihn entwickelten Folge- und Anbau-Geräten. Heute wie einst sind Qualität und Leistungsfähigkeit Garant für den weltweiten Begriff LANZ.

die Notwendigkeit, zum Teil hier bestehende private Monopole im Interesse der Allgemeinheit und der Verbraucher auszuschalten, die Rüstungsindustrie in die Hand des Staates zu bringen, um ihre politischen Einflüsse auszuschalten, ferner der hohe Investitionsbedarf für den Ausbau der Bergwerke und der Grundstoffindustrien sowie der Erzeugung von Elektrizität und Gas. Endlich sprach entscheidend mit die Einsicht, daß nach den Erfahrungen der großen Weltwirtschaftskrise das Ordnungsproblem der Wirtschaft nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden könne.

Westdeutschland hat derartige Nationalisierungen im Bergwerk und in der Schwerindustrie nicht vollzogen — geschweige denn wie Frankreich im Bank- und Versicherungswesen.

Westdeutschland steht so mit einer wesentlich anderen, „freieren“, damit aber auch unkontrollierten und labileren Wirtschaftsverfassung zwischen seinen großen westlichen und östlichen Nachbarn. Ob es in dieser Lage erwünscht ist, eine steigende Beteiligung ausländischen Kapitals im Bergbau und in den Schlüsselindustrien Westdeutschlands zuzulassen, erscheint mehr als zweifelhaft.

Dagegen spricht:

1. ein politischer Grund: Wir können es uns auf die Dauer kaum leisten, dem System der nationalisierten Grundstoffindustrien unserer großen Nachbarländer und dem System der volkseigenen Betriebe in Ostdeutschland ein System volksfremder Betriebe in Westdeutschland gegenüberzustellen.

2. Die soziale Partnerschaft, die wir brauchen, um eine freiheitliche Ordnung aufrechtzuerhalten, kann sich nicht entwickeln in Unternehmen, die im Dienst anonymen ausländischen Kapitals oder gar indirekt ausländischer Regierungen stehen.

3. Hat die Regierung bereits auf die unmittelbare Leitung der Grundstoffindustrien verzichtet, so besteht nunmehr die Gefahr, daß bei der Herrschaft ausländischen Kapitals die Interessen der deutschen Volkswirtschaft nicht gewahrt werden können. Im Saargebiet hat sich bereits gezeigt, daß die unter französischer Leitung stehenden Gru-

ben und Werke nur als Kapazitätsreserven genutzt werden.

4. Für einen hochentwickelten modernen Industriestaat ist es die normale und gesunde Form, daß er nicht einer Kapitalüberfremdung — vor allem nicht in den Schlüsselindustrien — unterliegt.

5. In der Weltwirtschaftskrise haben sich internationale Kapitalverflechtungen und Transferverpflichtungen als der neuralgische Punkt erwiesen, sobald sie ein gewisses Maß überschritten.

6. Deutschland hat bereits mit dem Eintritt in die Montanunion wesentliche wirtschaftliche Hoheitsrechte preisgegeben. Mit einer fortschreitenden Kapitalüberfremdung würde die westdeutsche Wirtschaft in völlige Abhängigkeit geraten. Dies kann auf die Dauer nur dazu führen, dem Verlangen nach Sozialisierung dieser Wirtschaftszweige Nachdruck zu verschaffen. Die Kapitalüberfremdung sollte also wohl am wenigsten von denen verlangt werden, die in diesen Wirt-

schaftszweigen das Privateigentum aufrechterhalten wollen.

7. Die Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft in weitgehender Liberalisierung des Außenhandels in die Weltwirtschaft einzugliedern, spricht in keiner Weise für die Zulassung einer weitgehenden Kapitalüberfremdung. Sie hat damit gar nichts zu tun, ebensowenig wie die Tatsache der Nationalisierung des französischen Steinkohlenbaus die Mitgliedschaft in der Montanunion ausschließt — wohl aber stärkt sie praktisch die Stellung Frankreichs in der Union.

8. Der Zustrom ausländischen Kapitals zum Ausbau aufgekaufter deutscher Werke — sofern er überhaupt stattfindet — muß zu einer Übersteigerung des Aufschwungs führen und birgt die Gefahr späterer Rückschläge in sich. Die innerdeutsche Kapitalbildung ist so stark, daß sie für den Ausbau der Grundstoffindustrien und des Bergbaus ausreicht, sofern sie dorthin gelenkt wird. (H. R.)

Das konjunkturpolitische Risiko steht im Vordergrund

Leider ist die Frage, ob und in welchem Umfang die Hereinnahme von Auslandskapital für die deutsche Industrie, insbesondere die Schlüsselindustrie, nützlich oder verderblich sei, allzu sehr politisiert worden, um sich ein unbefangenes Urteil darüber bilden zu können. Ich will trotzdem den Versuch machen, das Für und Wider dieser Frage leidenschaftslos zu besprechen, weil es natürlich bei jeder wirtschaftspolitischen Frage von so nachhaltiger Bedeutung ein Für und Wider gibt.

Nach Kriegsende im Zusammenhang mit dem außerordentlichen Kapitalbedarf für den Wiederaufbau ist diese Frage häufig diskutiert worden, und es war die Meinung stark verbreitet, daß ein rascher Wiederaufbau nur mit der Hereinnahme von ausreichenden Auslandskapitalien ermöglicht werden könne. Damals scheiterten die Versuche, kommerzielles Auslandskapital zu erhalten, an der Frage der Rentabilität, der wirtschaftlichen Sicherung und der politischen Sicherheit. Gewiß haben wir auch Auslandskapital für den Wiederaufbau zur Verfügung gehabt, aber

dabei handelte es sich um politisches Kapital und Hilfgelder. Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist zum allergrößten Teil in Ermangelung eines eigenen Kapitalmarktes auf dem Wege der Selbstfinanzierung und mit öffentlichen Mitteln durchgeführt worden. Ihre politische Zuspitzung hat die Frage des Auslandskapitals erst durch die Inangriffnahme der kapitalmäßigen Entflechtung und durch die Reprivatisierung ehemaligen Reichsbesitzes erfahren. Jetzt finden sich ausländische Konsortien, die bereit wären, in die erforderlichen Kapitaltransaktionen einzusteigen. Und zweifellos handelt es sich dabei insbesondere gerade um Schlüsselindustrien und lebenswichtige Produktionszweige.

Wenn wir einerseits im Interesse der weltwirtschaftlichen Verflechtung und im Interesse der Ausweitung des Welthandels grundsätzlich die Hereinnahme von Auslandskapitalien empfehlen müssen, so darf auf der anderen Seite nicht außer acht gelassen werden, welche wirtschaftspolitischen Auswirkungen das Fremdkapital, insbesondere bei Überfremdung einzelner Indu-

striezweige, nach sich ziehen kann. Zu einem wesentlichen Teil stellt das Problem des Fremdkapitals ein konjunkturpolitisches Problem dar. Es dürfte wohl richtig sein, daß in der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Phase die Hereinnahme ausländischen Kapitals sich sowohl produktionswirtschaftlich wie auch sozialpolitisch günstig auswirken wird. Der kritische Punkt des Auslandskapitals tritt immer erst in der abschwächenden oder rückläufigen Konjunkturphase in Erscheinung. Es läßt sich nicht leugnen, daß dann die Gefahr besteht, daß weltwirtschaftliche Krisen mit besonderer Härte in die Binnenwirtschaft übertragen werden und daß im Interesse der Produktionserhaltung ausländischer Schwestergesellschaften ein künstlicher Produktionsrückgang der durch Auslandskapital überfremdeten Industriezweige eingeleitet wird. Gewiß, es ist heute in vielen Ländern üblich, sozial- und konjunkturpolitische Auswirkungen des Fremdkapitals durch Gesetzgebung zu verhindern. Mit einer solchen Diskriminierung des Auslandskapitals leistet man aber der weltwirtschaftlichen Integration keinen Dienst und stellt die Bereitwilligkeit der ausländischen Geldgeber weitgehend in Frage. Andererseits muß aber auch jede Sonderstellung des Auslandskapitals, zumal in sozialpolitischer Hinsicht, verhindert werden. Denn durch das Einräumen einer Sonderstellung würde statt des Kapitals die inländische Arbeitskraft diskriminiert werden.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß es zwei Arten von Kapital gibt: Die eine Art ist das sog. Profitkapital, das lediglich darauf ausgeht, bei Inkaufnahme gewisser Risiken eine höhere Rendite zu erzielen. Die andere Art ist das sog. Beteiligungskapital, das darauf abzielt, durch vertikale oder horizontale Konzernbildung in konkurrierenden Ländern die eigene weltwirtschaftliche Position zu stärken und den Produktionsvorgang zu rationalisieren. Nur die zweite Art kann unerwünschte volkswirtschaftliche Auswirkungen, wie wir sie oben erwähnten, nach sich ziehen. Aber gerade dieses Kapital hat die stärkere Durchschlagkraft, einmal,

weil es nicht nach der Rendite fragt, und zum anderen, weil es in wesentlich größerer Massierung zu erhalten ist. Dieses Kapital wird immer — ganz gleich, wie groß seine Ausgangsquote im einzelnen Betrieb oder im Wirtschaftszweig sein mag — bestrebt sein, eine beherrschende Rolle zu erringen. Es liegt an der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, daß das Profitkapital, das früher eine weit größere Rolle spielte, heute wesentlich zurückgetreten ist. Es würde im Interesse der weltwirtschaftlichen Verflechtung liegen, Auslandskapital dieser Art wieder in stärkerem Maße zu interessieren. Dazu könnte zweifellos auch die

Errichtung großer internationaler Investmentgesellschaften dienen. Vielleicht könnte auf diesem Wege in größerem Maße Inlandskapital für die kapitalgefährdeten Schlüsselindustrien freigemacht werden.

Bestimmt kann man kein generelles Urteil über die Nützlichkeit oder Verderblichkeit von Auslandskapital abgeben. Aber man darf die Frage der Kapitalzusammensetzung nicht nur vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt beurteilen, sondern man wird in jedem Falle mit ernstester Verantwortlichkeit die volkswirtschaftlichen Belange prüfen müssen. Diese Vorsicht soll nicht mit einem engstirnigen Industrienationalismus verwechselt werden. (hl)

Fragen an den Westen

Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wenn man bestreiten wollte, daß durch die Note des Kreml und die wiederholten kategorischen Erklärungen Molotows unsere außenpolitische Situation peinlich berührt worden ist. Wir dürfen das hieraus entstandene Dilemma nicht nur nach weltpolitischen Gesichtspunkten beurteilen.

Vom weltpolitischen Standpunkt mag es richtig sein, die russische Aktion lediglich als ein „erwartetes Störmanöver“ gegenüber der fortschreitenden Konsolidierung des Westens, insonderheit des westlichen Europa, zu betrachten. Vom weltpolitischen Standpunkt mag es richtig sein, den Militärpakt des Ostens nur als die Konstatierung eines schon längst bestehenden Faktums darzustellen. Vom weltpolitischen Standpunkt mag es richtig sein, die Aufstellung ostzonaler Verbände als militärpolitisches Aktivum zweifelhafter Bedeutung zu bewerten. Vom weltpolitischen Gesichtspunkt aus dürfte es wohl auch wahrscheinlich sein, daß die Sowjets bei einem Verzicht auf die Pariser Verträge kaum größere Eile in der Behandlung der Deutschland- und Osterreichfrage an den Tag legen dürften als bisher.

Von unserem nationalen Standpunkt aus stellt sich das Problem aber etwas anders: Zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit — wie die stereotype Formel lautet — ist die Zustimmung oder Bereitwilligkeit der Sowjets leider unabdingbar. Man kann sich praktisch nicht vorstellen, wie die Regelung der Deutschland- und Osterreichfrage ohne Mitwirkung der Sowjets oder gar gegen ihren ausdrücklichen Widerstand erfolgen soll. Wenn wir diese realpolitische Feststellung treffen, so ist sie durchaus nicht gleichbedeutend mit der Forderung, daß der Westen seine Bemühungen um Einigung und Konsolidierung einstellen möge. Man könnte mit Recht einwenden, daß ein Zurückweichen vor der sowjetischen Drohung den Kreml eher ermuntern könnte, an seiner bisherigen resistenten Haltung festzuhalten. Andererseits wäre es leichtsinnig, die Drohung der Sowjets als Bluff anzusehen, denn es gibt gegenwärtig keinen sichtbaren Grund anzunehmen, daß die Sowjets ihre Drohung nicht wahr machen könnten.

Wir haben nicht die Möglichkeit, mit den Sowjets direkt zu verhandeln, und rhetorische Appelle an sie zu stellen ist zwecklos. Wir können daher nur an unsere westlichen Freunde klipp und klar die Frage stellen, über welche friedlichen Machtmittel und diplomatischen Reserven sie verfügen, um die Drohung der Sowjets abzubiegen, oder welchen Weg sie zu beschreiten gedenken, um das sowjetische Veto gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands gegenstandslos zu machen. Diese Frage muß uns gestattet sein, denn das Aufschieben der Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit käme einer Aufgabe unseres nationalen Bestandes gleich. Wir können nicht annehmen, daß eine solche Entwicklung sich mit den Zielen und Absichten des Westens verträgt. (sk)